

Neue Perspektiven für den Nahen Osten

Israel nach den Parlamentswahlen

Im jahrzehntealten Konflikt zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten zeichnen sich nach dem Regierungswechsel in Israel neue Perspektiven für eine Lösung ab, auch wenn der entscheidende Durchbruch noch aussteht. Bewegung ist in den letzten Wochen auch in das schwierige Verhältnis zwischen Israel und dem Apostolischen Stuhl gekommen: Der jüdische Staat und der Apostolische Stuhl haben eine gemischte Gesprächskommission eingesetzt, die den steinigten Weg zur Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen ebnet soll.

Ein Aufatmen ging durch die Welt, als die Ergebnisse der israelischen Parlamentswahlen vom 23. Juni bekannt wurden. Der Sieg des sozialdemokratischen Herausforderers von Likud-Ministerpräsident *Shamir* markiert das Ende einer politischen Ära. Mit dem Wahlsieg Rabins geht eine fünfzehn Jahre lange vom Likud beherrschte Phase in der Geschichte Israels zu Ende. Die neue Mehrheit in der Knesset mit der auffallend zügig gebildeten neuen Regierung unter Ministerpräsident *Rabin* eröffnete auf einen Schlag *neue Perspektiven*. Schon das Wahlergebnis allein brachte Bewegung in ein Land, das in den letzten Jahren auf der Stelle zu treten schien.

Rabin, war von 1974 bis 1977 bereits einmal Ministerpräsident seines Landes, als Nachfolger *Golda Meïrs*. 1977 übergab er im Zusammenhang mit vorzeitigen Parlamentswahlen das Zepter als Parteiführer seinem Erzrivalen *Shimon Perez* – und legte damit den Grundstein für sein heutiges Comeback.

Ratifikation eines schon vollzogenen Stimmungsumschwungs

Aber wenn sich auch vieles zu ändern scheint – der alte wie der neue Ministerpräsident Israels heißt *Jitzhak* – ein Symbol dafür, daß auch mit dem 23. Juni nicht von heute auf morgen der große Friede ausbricht? Rabin, der siebzehnjährige Exgeneral und Sieger des Sechstagekriegs von 1967, erster „Sabre“ im Amt des israelischen Ministerpräsidenten, ist alles andere als ein „blauäugiger Friedensapostel“ (Die Zeit, 26. 6. 92). Genau dies machte es den Israelis am 23. Juni auch relativ leicht, sich für den Führer der Arbeiterpartei zu entscheiden. Den Wahlkampf führte Rabin mit Parolen, die jede Befürchtung zerstreuen sollten, mit ihm handele Israel sich einen Regierungschef ein, der der arabischen Seite zu nachgiebig entgegenzutreten würde. Mit der Wahl Rabins zum Chef der Arbeiterpartei als Nachfolger des in dieser Hinsicht als weniger verlässlich geltenden, vor allem aber weniger populären letzten Ministerpräsidenten der Arbeiterpartei, *Shimon Perez*, am 19. Februar hatten sich die Wahlchancen der Arbeiterpartei bereits schlagartig verbessert, wenn nicht sogar im

Grunde der Anfang vom Ende der Regierung *Shamir* bereits eingeläutet wurde.

Nach dem endgültigen Wahlergebnis verfügt die parlamentarische Linke über insgesamt 61 Abgeordnete in der 120 Parlamentarier umfassenden Knesset. Allein die Arbeitspartei verbesserte sich von 38 auf 44 Sitze. Auf der anderen Seite des Parteienspektrums büßte die Rechte insgesamt vier Sitze ein (von 47 Abgeordneten in der bisherigen auf 43 Abgeordnete in der künftigen Knesset). Kennzeichnend für das Wahlergebnis ist die Tatsache, daß zugleich die extreme Rechte (*Tsomet*) und die extreme Linke (*Meretz*) Zuwächse zu verzeichnen hatten: *Tsomet* machte einen Sprung von zwei auf acht Sitze, das *Meretz*-Bündnis legte von zehn auf zwölf Sitze zu.

Leichte Einbußen mußten darüber hinaus die *religiösen Parteien* hinnehmen (von bisher 18 Abgeordneten blieben ihnen 16). Die Machteinbuße dieser Parteien wird jedoch in den kommenden Jahren größer sein, als es die relative Stabilität bei der Zahl der Sitze zum Ausdruck bringt. Sieht man von der Phase der Regierungen der Nationalen Einheit (1984–90) ab, verfügten die religiösen Parteien in den letzten Jahren über einen unverhältnismäßig großen politischen Einfluß. Dieser wird jedoch unter der jetzigen Koalitionsregierung *Rabin* geringer werden, selbst wenn die sephardisch-religiöse *Schass*-Partei – die für eine palästinensische Autonomie eintritt – an der Regierung beteiligt wurde und immerhin den Innenminister stellt.

Beobachter sehen in der Wahl vom 23. Juni geradezu ein Plebiszit, eine „laizistische Stimmabgabe“ (vgl. *Actualité Religieuse dans le Monde*, 15. 7. 92), gegen eine auch in Israel nicht mehr ohne weiteres plausible *Vermischung von Religion und Politik*. So verschieden etwa die Positionen der beiden genannten extremistischen Parteien, *Meretz* und *Tsomet*, in der Frage nach dem weiteren Schicksal der besetzten Gebiete ausfällt, in der Entschlossenheit, den Einfluß der Religiösen zurückzudrängen ist man sich einig.

Als mitwahlentscheidend wurde indes die große Zahl von aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten Juden angesehen, deren Stimmen allem Anschein nach kräftig zugunsten der Arbeiterpartei zu Buche schlugen. Von den rund 400 000 Einwanderern besaßen diesmal erstmals 270 000 Wahlrecht, das waren immerhin etwa sieben Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung (*Time*, 22. 6. 92). Meinungsbefragungen im Vorfeld der Parlamentswahlen hatten gezeigt, daß diese Neubürger mehrheitlich zugunsten der Arbeiterpartei stimmen würden. Die soziale Lage dieser Einwanderer ist z. T. so schlecht, daß die Einwanderung aus der GUS fast zum Erliegen gekommen ist: Unter den Einwanderern herrscht eine dreimal so hohe Arbeitslosenquote wie unter den israelischen Bürgern insgesamt (35 Prozent zu 11,5 Prozent).

Obwohl eigentlich gegen alles eingestellt, was sie nur im entferntesten an die „sozialistischen“ Verhältnisse in ihrer russischen oder ukrainischen Heimat erinnern könnte, denen sie gerade entronnen sind, votierten die Einwanderer aus der GUS dennoch mehrheitlich für Rabin, um zu verhindern, daß Israel sich den ihrer Ansicht nach obendrein politisch überaus strittigen Luxus staatlicher Subventionierung der Siedlungspolitik in der Westbank leistet und auf diese Weise für Sozialprogramme dringend benötigtes Geld verschleudert. Es war im übrigen nicht zum erstenmal, daß Einwanderungsgruppen wahlentscheidend ihre Stimmen in die Waagschalen warfen. So wurde der Aufstieg des Likud Ende der siebziger Jahre mit dem zunehmenden Gewicht der *orientalischen Juden* innerhalb der israelischen Gesellschaft erklärt. Bei den Wahlen von 1981 z. B. waren rund zwei Drittel der Likud-Anhänger orientalische Juden und rund 70 Prozent der Anhänger der Arbeitspartei Aschkenasim. Als ausschlaggebend für diese politische Einstellung galt zum einen die härtere Haltung des Likud gegenüber den Arabern sowie die Förderung einer jüdischen Besiedlung der von Israel seit 1967 besetzt gehaltenen Gebiete, zum anderen die positive Haltung gegenüber religiösen Traditionen. Likud und Arbeitspartei standen sich insofern bisher wie zwei „ethnisch relativ homogene Blöcke“ gegenüber (vgl. *Shmuel N. Eisenstadt*, Die Transformation der israelischen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1987, S. 737 f.).

Dementsprechend markierte der 23. Juni auch weniger ein bewußtes ideologisches Umschwenken der öffentlichen Meinung in Israel zugunsten der Arbeitspartei als vielmehr eine Verlagerung des politischen Gewichts sowie die längst überfällige politische Ratifikation eines bereits seit geraumer Zeit sich abzeichnenden *Stimmungsumschwungs*. Die Wahl vom 23. Juni war eher eine Wahl gegen als eine Wahl für etwas. Man wählte die Partei Rabins weniger, weil man sie und nur sie am Ruder sehen wollte, sondern weil sie die einzige ernstzunehmende Alternative im seit Jahren festgefahrenen und perspektivlos gewordenen Politpoker in und um Israel bedeutete.

Die israelischen Wähler votierten mit ihrem Stimmzettel vor allem gegen eine Haltung gegenüber den arabischen Nachbarn, die keine Aussicht auf Erfolg mehr versprach. Der Schriftsteller *Amos Oz*, bekannter Kritiker seines Landes und engagiert in der israelischen Friedensbewegung, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1992, sprach bereits im vergangenen Jahr in dem Zusammenhang von einer „Ernüchterung“, die sich unter seinen Landsleuten verbreitet habe. Der „schlimmste Teil des israelisch-arabischen Konflikts“ sei – so Oz – „vorüber“. Das bedeute nicht, daß es kein Blutvergießen mehr geben werde. Aber das, was er die „Erkenntnisblockade beider Seiten“ nennt, sei überwunden: „Zu viele Jahre, tatsächlich jahrzehntelang, waren die Araber der Ansicht, sie müßten sich lediglich die Augen fest genug reiben und Israel verschwände wie ein Alptraum, wie eine temporäre Ausstellung, die anderswo hinverfrachtet werden kann. Die Israelis glaubten ihrerseits viel zu lange, die gesamte

Palästinenserfrage sei eigentlich nicht vorhanden, letztendlich nichts als eine teuflische Erfindung der gesamt-arabischen Propaganda mit dem Ziel, Israels Integrität zu unterminieren und sein Ansehen im Ausland zu schädigen“ (*Amos Oz*, Bericht zur Lage des Staates Israel, Frankfurt a. M. 1992, S. 56 f.).

Mit diesem allgemeinen Stimmungsumschwung gegen die Likud-Politik der letzten Jahre muß es zu tun haben, wenn der Machtwechsel von Shamir auf Rabin Ende Juni, Anfang Juli ausgesprochen geschäftsmäßig und geräuschlos vor sich ging. Der früheren Regierung Shamir weinte man keine Träne nach, und der neue alte Ministerpräsident Rabin schien vom Tag nach der Wahl an das Heft fester denn je in der Hand zu haben. Das ging soweit, daß Rabin sich bereits wenige Tage nach der Regierungsbildung der ersten Vertrauensabstimmung in der Knesset unterziehen mußte. Weder ließ Rabin dem Land Zeit, sich an die veränderten Verhältnisse zu gewöhnen, noch waren seine politischen Gegner bereit, ihm die für einen neuen Amtsinhaber übliche Schonfrist zu konzedieren.

Rabin drückt aufs Tempo

Bereits am Tag nach der Parlamentswahl skizzierte Rabin die *Schwerpunkte und Ziele seiner künftigen Regierungsarbeit*: Den vor einem Jahr in Madrid begonnenen Friedensprozeß will er voranbringen, die nicht nur für die Annäherung an die arabischen Nachbarn, sondern auch für die Haushaltslage des Staates Israels verhängnisvolle Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten beenden und schließlich die bereits seit längerem äußerst abgekühlten Beziehungen zum Hauptverbündeten Israels, den *Vereinigten Staaten*, verbessern.

Die *Friedensgespräche* – sie sollen, wenn nicht noch etwas dazwischenkommt, am 24. August in Washington fortgesetzt werden – waren unter der alten Regierung weithin ins Stocken geraten, bis sie in den letzten Monaten wegen der bevorstehenden Wahlen und des sich abzeichnenden Machtwechsels in Israel unterbrochen wurden. Von Anfang an waren sie weniger ein Herzensanliegen der Regierung Shamir als eine Folge der Tatsache, daß die Amerikaner sich verpflichtet fühlten, dem militärischen Engagement am Golf in bezug auf die Palästinafrage ernste Friedensbemühungen folgen zu lassen.

Jitzhak Rabin ließ seinem Amtsantritt eine Reihe von Gesten gegenüber den arabischen Nachbarn Israels folgen, die die veränderte Lage in Israel andeuten sollten. Seine erste Auslandsreise unternahm Rabin bezeichnenderweise nach Ägypten, dem einzigen arabischen Staat, mit dem Israel bisher diplomatische Beziehungen unterhält. Seit sechs Jahren war Rabin damit der erste israelische Ministerpräsident, der Kairo einen Besuch abstattete. Eine Gegeneinladung nach Jerusalem nahm Präsident Mubarak an. Auch alle anderen Staatsoberhäupter von Israels Nachbarn lud Rabin ein. Zu den ersten konkreten Schritten gehörte die Ankündigung, das Gesetz, nach dem Kontakte zur palästinensischen Befreiungsorganisa-

tion PLO unter Strafe gestellt waren, solle abgeschwächt werden.

Zu den umstrittensten und sowohl für das Verhältnis zu den arabischen Staaten wie auch für die Kontakte zu den Vereinigten Staaten entscheidenden Frage gehört seit langem die *Siedlungspolitik*, die Shamir mit unerbittlicher Sturheit fortzusetzen gedachte. Zu den ersten Ankündigungen Rabins nach seinem Amtsantritt gehörte – neben der Gewährung einer begrenzten Selbstverwaltung der Palästinenser auf dem Gebiet der Westbank und des Gazastreifens innerhalb der kommenden neun Monate – ein Stopp von Siedlungsneubauten in den besetzten Gebieten. Der später erfolgte Hinweis Rabins, man müsse bei den Siedlungen zwischen Siedlungen von einem bloß *politischen* Wert und solchen mit *strategischer* Bedeutung unterscheiden, wurde von arabischer Seite jedoch gleich als „zu vage“ eingestuft und ließ bereits Zweifel darüber aufkommen, ob Rabin überhaupt in der Lage sein würde, entsprechende Beschlüsse gegen den Widerstand der Siedler und ihrer Anhänger durchzusetzen.

Seine zweite Auslandsreise führte Rabin an den Ort, an dem er nach seinem ersten Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten nicht nur politisch überwintern, sondern als Israels Botschafter auch Kontakte knüpfen konnte, die für ihn jetzt wichtiger denn je sind. Nachdem US-Außenminister *James Baker* bereits im Juli die Lage im Nahen Osten nach dem israelischen Regierungswechsel sondiert hatte, stand bei Rabins Besuch bei *George Bush* das Bemühen im Mittelpunkt, die Beziehungen zwischen den USA und Israel auf eine neue Basis zu stellen. Rabin konnte Pläne einer neuen Siedlungspolitik vorlegen und somit von Israel dringend benötigte, von den USA aber mit Verweis auf eben diese Siedlungspolitik seit langem auf Eis gelegte milliardenschwere Kredite locker machen. Kritiker des Wahlsiegers Rabin hatten bereits zu einem früheren Zeitpunkt darauf verwiesen, Jitzhak Shamir habe die Wahlen vom 23. Juni gar nicht gegen Rabin, sondern gegen den Mann im Weißen Haus verloren.

So merkwürdig es sich zunächst auch ausnimmt: Das Tempo, das der neue israelische Ministerpräsident an den Tag legt, bringt gegenwärtig kaum jemanden so in Verlegenheit wie die *Palästinenser*. Sollte Rabin nicht nur zu einer berechtigten palästinensischen Interesse währenden neuen Siedlungspolitik entschlossen sein, sondern sie auch gegen mancherlei Widerstände durchsetzen können, dann sind sie ihrerseits am Zug, Kompromißbereitschaft zu zeigen. Ein israelischer Verhandlungsführer, der sich territorialen Zugeständnissen gegenüber nicht mehr grundsätzlich verweigert, zwingt die Gegenseite, sich über ihre eigenen Ziele klarzuwerden. Davon sind die palästinensische Seite und ihre arabischen Verbündeten weiter denn je entfernt. Viel wird nun außerdem davon abhängen, wie schnell es der neuen israelischen Regierung Rabin gelingt, den Ankündigungen Taten folgen zu lassen. Extremistische Kräfte werden jedenfalls nichts unversucht lassen, Emotionen gegen die Bemühungen Rabins zu schüren. Die Möglichkeit, daß Israelis gegen

Israelis kämpfen, rückt näher. Für die Extremisten und Siedler wäre es bereits ein Erfolg, wenn es ihnen gelänge, Zeit zu gewinnen und das Tempo der Veränderungen zu vermindern. Der Regierung Rabin muß daran gelegen sein, ohne großen Zeitverzug *Fakten zu schaffen*, damit sich ihre innerisraelischen Gegner gar nicht erst formieren können und um dringend benötigtes Vertrauen bei ihren arabischen Verhandlungspartnern zu gewinnen.

Entspannung im Verhältnis zum Apostolischen Stuhl

Wenn auch nicht in ursächlichem Zusammenhang mit dem Regierungswechsel, so zeichnen sich aber immerhin auch im Verhältnis zwischen dem Apostolischen Stuhl und dem Staat Israel neue Perspektiven ab. Nachdem vor allem von jüdischer Seite seit Jahren immer wieder die nicht bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen dem Staat Israel und Rom angemahnt wurden, stehen die Zeichen auf diesem Gebiet auf Entspannung. Am 29. Juli trat zum erstenmal eine *vatikanisch-israelische Gesprächskommission* im Vatikan zusammen, deren Aufgabe es sein soll, über alle im Zusammenhang mit einer „Normalisierung“ – wie es in einem gemeinsamen Kommuniqué dazu heißt – der beiderseitigen Beziehungen anfallenden Fragen zu beraten. Die zweite Zusammenkunft der Kommission ist für Mitte November in Jerusalem vorgesehen. Der formellen Aufnahme von Gesprächen zwischen dem Apostolischen Stuhl und Israel waren in den letzten Monaten informelle, vorbereitende Gespräche vorausgegangen.

Mit der Nachricht über die formelle Bildung dieser Gesprächskommission geht eine Zeit zu Ende, in der immer wieder gerade von einem Teil der jüdischen Weltöffentlichkeit versucht wurde, aus der Tatsache, daß der Vatikan bisher keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhält, auf den Zustand der Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Judentum zu schließen. Der Vatikan war entsprechenden Vorwürfen mit dem Hinweis entgegnet, man müsse zwischen den religiösen Beziehungen zum Judentum und den politischen Verbindungen zwischen dem Staat Israel und dem Apostolischen Stuhl unterscheiden. Im übrigen – so Vatikan Sprecher *Navarro-Valls* zuletzt noch vor anderthalb Jahren (vgl. HK, März 1991, 108) – bedeute die Tatsache der Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen nicht die Nichtanerkennung des Staates Israel. Außerdem verwies der Vatikan immer wieder auf die allgemeine Praxis, keine diplomatischen Beziehungen mit Ländern aufzunehmen, deren Grenzen nicht international anerkannt seien – aus demselben Grund unterhalte man auch keine diplomatischen Beziehungen zu *Jordanien*. Darüber hinaus galt jedoch auch immer als wichtiges Motiv für die Haltung des Apostolischen Stuhls die Rücksichtnahme auf die Position der christlichen Araber sowie deren z. T. prekäre Lage in manchen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens.

Wann es tatsächlich zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen kommen wird, ist noch völlig offen. Navarro-Valls war bemüht deutlich zu machen, daß die Einrichtung einer entsprechenden Kommission zur Vorbereitung der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen ein durchaus übliches und auch in jüngster Zeit mehrfach angewandtes Verfahren sei, bilaterale Fragen zu einer Klärung zu bringen (z. B. Polen, Tschechoslowakei, Mexiko). Im Fall Israel stehen in dieser Hinsicht komplizierte bilaterale Fragen auf der Tagesordnung: Besteuerung und Exterritorialität kirchlicher Einrichtungen, Eigentumsfragen, Status kirchlicher Schulen u. v. a.

Ein innerkatholisch nicht unumstrittener Schritt

Mit den offiziellen Gesprächen zur Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen kommt Israel einen erheblichen Schritt in seinem Bemühen um vatikanische Anerkennung weiter; während der Apostolische Stuhl – das könnte den Zeitpunkt dieses Schrittes erklären – sozusagen durch die Hintertüre die erhoffte Möglichkeit erhält, sein Gewicht zu einem möglicherweise entscheidenden Zeitpunkt der israelisch-arabischen Friedensgespräche doch noch in die Waagschale werfen zu können. „Le Monde“ (31. 7. 92) zitierte in dem Zusammenhang einen israelischen Vatikan-Fachmann mit der Bemerkung: „Der Vatikan wollte bei den Friedensverhandlungen nicht außen davor bleiben. Und was wichtiger ist: Der Apostolische Stuhl konnte es nicht hinnehmen, daß eines Tages der Status von Jerusalem ohne ihn verhandelt wird.“

Dem widerspricht nicht, daß international strittige Fragen, wie die Rechte der Palästinenser sowie der Status von Jerusalem u. ä., zunächst keine Rolle bei diesen Gesprächen spielen sollen. Hier wird man wohl erst den weiteren Verlauf der in Madrid im Herbst 1991 aufgenommenen Gespräche zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn abwarten müssen. *Arabische Vorbehalte* versuchte der Vatikan unterdessen mit dem Hinweis zu

entkräften, die arabischen Staaten hätten sich doch selbst mit Israel an einen Tisch gesetzt. Da sei es nicht einzusehen, warum man sich darüber empört zeigen könne, wenn die katholische Kirche dasselbe tue.

Aus der Haltung des lateinischen Patriarchen von Jerusalem, *Michel Sabbah*, ist jedoch unschwer zu erkennen, daß in der Frage der Aufgabenzuweisung an diese Kommission auch innerkirchlich durchaus *kontrovers* gedacht wird. Sosehr Sabbah die Bildung dieser Kommission insgesamt befürwortete, gehörte er dennoch zugleich auch zu den Unterzeichnern eines Briefes an Johannes Paul II., der von der Jerusalemer Zeitung „al-Fajr“ veröffentlicht wurde und in dem sich christliche und muslimische Würdenträger besorgt zeigten über die diplomatische Annäherung zwischen dem Apostolischen Stuhl und dem Staat Israel. Unterschrieben wurde der Brief neben dem Jerusalemer Patriarchen Sabbah vom Mufti von Jerusalem, *Saed al-Din al'Alam Ibrahim Shaaban*, dem melkitischen Patriarchalvikar in Jerusalem, *Lutfi Labam*, und dem anglikanischen Bischof *Samir Kafity*. In dem Brief hieß es u. a., das Palästinenserproblem dürfe keinesfalls vergessen werden: „Wir hoffen, daß die Gespräche zwischen Israel und dem Vatikan nicht zur Annahme einer Politik führen, die den zukünftigen Status der Heiligen Stadt schädigen.“ In der Gesprächskommission sind auf vatikanischer Seite keine Palästinenser vertreten.

Der Regierungswechsel in Israel habe – versicherte der Vatikansprecher – keine Rolle in bezug auf den nun vollzogenen Schritt gespielt. Immerhin dürfte er dem Apostolischen Stuhl diesen Schritt erleichtert – selbst wenn noch von der Regierung Shamir dazu die eigentlichen Weichenstellungen vorgenommen wurden –, vielleicht aber auch erst recht die Dringlichkeit deutlich gemacht haben: Je realer die Möglichkeit einer Einigung zwischen Israelis und Arabern, desto größer mußte das Interesse des Apostolischen Stuhls sein, die Gespräche möglichst umgehend zu Klärungen im eigenen Interesse, d. h. auch über unmittelbar bilaterale Fragen hinaus zu nutzen.

Klaus Nientiedt

Die langen Schatten der Diktatur

Katholische Kirche und Vergangenheitsbewältigung in der ČSFR

Die katholische Kirche der in Auflösung befindlichen Tschechoslowakei steht vor mehreren schwierigen Herausforderungen: Sie muß sich an die neuen freiheitlichen Bedingungen für ihr Wirken gewöhnen und gleichzeitig mit ihrer Vergangenheit unter der kommunistischen Diktatur ins reine kommen. Seinerzeit übte der Staat eine rigorose Kontrolle über das kirchliche Leben aus; die aktiven Teile der Kirche waren in den Untergrund gedrängt.

Heute bemüht sich die Kirche um eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und ihren noch nicht bewältigten Erblasten.

Mit Kardinal *František Tomášek*, der am 4. August im Alter von 93 Jahren starb, wurde in übertragenem Sinn eine ganze Epoche in der Geschichte der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei zu Grabe getragen.